

se zumindest die triste Stimmung aufhellen?

Die Ökonomen beantworten solche Fragen noch immer mehrheitlich mit nein. Die Lohnpolitik der vergangenen Jahre war richtig, so argumentieren sie. Ein Kurswechsel würde die Erfolge der Kostenkur unnötig gefährden. „Deutschland hat einen Gutteil seiner Wettbewerbsfähigkeit wieder zurückgewonnen, die es in den neunziger Jahren verloren hatte“, sagt etwa Thomas Mayer, Chefvolkswirt Europa der Deutschen Bank.

Tatsächlich waren damals Wirtschaftskraft und Verdienstniveau allzu weit auseinander geraten. Die höchsten Löhne und die kürzesten Arbeitszeiten – das passte nicht mehr zur ökonomischen Realität des hiesigen Arbeitsmarkts, der gleich von mehreren Seiten unter Druck geriet:

- ▶ Mit der deutschen Einheit wuchs das Produktionsvolumen der Industrie um 10 Prozent, die Zahl der Erwerbswilligen aber erhöhte sich um knapp 30 Prozent. So entstand Lohndruck nach unten.
- ▶ Der Fall des Eisernen Vorhangs erschloss den hiesigen Unternehmen ein Millionenheer billiger Arbeitskräfte. In großem Stil verlagerte die Industrie gering qualifizierte Jobs ins Ausland, die sich zu deutschen Löhnen nicht mehr rechneten.
- ▶ Deutschland trat mit einem Wechselkurs in die Europäische Währungsunion ein, der nach Expertenschätzung um rund 30 Prozent überhöht war. Entsprechend teuer waren die deutschen Produkte auf den europäischen Märkten, der Druck auf die heimischen Preise und Löhne nahm erneut zu.

Doch was viele Experten gar nicht mehr für möglich gehalten hatten – die deutschen Firmen reagierten auf die veränderten Verhältnisse erstaunlich flexibel. Auf dem angeblich so unbeweglichen deutschen Arbeitsmarkt gerieten die Verdienste in den vergangenen Jahren auf breiter Front ins Rutschen.

Zum einen schlossen die Gewerkschaften trotz aller Schlachtrufe nach „Geld, Geld, Geld“ (IG-Metall-Boss Jürgen Peters) Tarifverträge, die im Großen und Ganzen der Produktivitätsentwicklung entsprachen. Zum anderen gelang es den Unternehmen, ihre tatsächlichen Löhne immer stärker von den tariflich vereinbarten abzukoppeln. Manche Firmen traten aus den Arbeitgeberverbänden aus, andere strichen übertarifliche Leistungen wie Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld zusammen, wieder andere einigten sich mit ihren Betriebsräten auf längere Arbeitszeiten oder niedrigere Löhne.

Die Folgen konnten die Statistiker bald in den Verdienstabellen ablesen: Während die Tarifierhöhungen im vergangenen Jahr durchschnittlich bei zwei Prozent lagen, wuchsen die Löhne und Gehälter tatsächlich nur um 0,1 Prozent. Entsprechend

Kröten geschluckt

Ver.di-Chef Bsirske und Bürgermeister Wowereit einigten sich auf einen spektakulären Lohnkürzung bei den Berliner Verkehrsbetrieben.

Kurz vor halb vier war es in der Nacht zum Donnerstag vergangener Woche, als sich Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und Ver.di-Chef Frank Bsirske im Roten Rathaus aus ihren Sesseln erhoben und ihre Einigung per Handschlag besiegelten. Die beiden Verhandlungsführer waren ebenso erschöpft wie erleichtert.

Über zehn Stunden hatten Wowereit, unterstützt von seinem Finanzsenator Thilo Sarrazin, und Bsirske, an der Spitze einer siebenköpfigen Ver.di-Delegation, hart gerungen; mehrmals stand alles auf der Kippe. Doch schließlich hatten sie einen Tarifabschluss für die Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) ausgehandelt, der bis 2020 gelten soll. Ein Vertrag, sensationell genug, um angesichts der leeren Kassen der Kommunen republikweit für Aufsehen zu sorgen. Denn der lustige Politiker und der linke Gewerkschafter beschlossen einträchtig eine gehörige Lohnkürzung.

Als Bürgermeister nennt Wowereit den Kompromiss „einen Riesenerfolg für die Stadt“. Als Ver.di-Mitglied sieht er allerdings auch, dass die rund 12000 Beschäftigten der BVG etliche Kröten schlucken müssen. So wird die Wochenarbeitszeit für die Mitarbeiter auf 36,5 Stunden reduziert, der Lohn dementsprechend gekürzt. Das Weihnachtsgeld wird ab 2006 auf einen Sockelbetrag von 1000 Euro gesenkt, das Urlaubsgeld ganz gestrichen. Die mit rund einer Milliarde Euro verschuldete landeseigene Anstalt öffentlichen Rechts wird dadurch jährlich über 38 Millionen Euro an Personalkosten einsparen. Die Beschäftigten aber verlieren bis zu zehn Prozent ihres Bruttoeinkommens.

Im Gegenzug gibt der Senat für die 1929 gegründeten BVG eine Bestandsgarantie als öffentliches Unternehmen ab. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Daher gilt die Annahme des Abschlusses auf den Ver.di-Mitgliederversammlungen in dieser Woche als sicher.

Es ist bereits das zweite Mal, dass Wowereit als Regierender Bürgermeister der mit rund 57 Milliarden Euro verschuldeten Hauptstadt mit dem mächtigen Ver.di-Chef Bsirske einen

aufsehenerregenden Tarifabschluss ausgehandelt hat. Im Sommer 2003 einigte sich das Duo für die rund 100000 Arbeiter und Angestellten des Landes auf einen strikten Sparabschluss. Seitdem bekommen die Landesbeschäftigten bei auf 37 Stunden verkürzter Wochenarbeitszeit acht bis zwölf Prozent weniger Gehalt.

Mittlerweile haben Wowereit und Bsirske ein vertrauensvolles, offenes Verhältnis. Für Wowereit zählt der Grüne Bsirske zu den wenigen Gewerk-



Verhandlungspartner Bsirske, Wowereit
„Ein Riesenerfolg für die Stadt“

schaftern, die verstanden haben, dass grundlegende Reformen im Öffentlichen Dienst unumgänglich sind. Gefeilscht wurde trotzdem hart, die Einigung kam erst am letzten Tag der Urabstimmung über einen Streik zustande, der die Hauptstadt inmitten des anschwellenden Bundestagswahlkampfes ins Verkehrschaos gestürzt hätte.

Doch so sehr sich der als Partylöwe verschriene Wowereit von den Gewerkschaftern nun als „sachkompetent bis in Detail“ loben lässt – ganz allein gebührt ihm der Ruhm nicht.

Vorbereitet hatte den Deal PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf. Der pragmatische Sozialist war Ende vergangenen Monats am Rande einer Tagung in Schwerin mit Bsirske im Wald spazieren gegangen und hatte damit begonnen, die verhärteten Fronten aufzuweichen.

Für Wowereit fiel der geglückte Abschluss im Morgengrauen mit einem besonderen Tag zusammen. Als die Dämmerung über dem Roten Rathaus anbrach, war dies der vierte Jahrestag seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister.

MICHAEL SONTHEIMER